

Wahlprüfsteine

des BEE zur Wahl des Europäischen Parlaments 2019

Berlin, 16. Mai 2019



Vorbemerkungen





Der Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE) befragte im Vorfeld der am 26. Mai 2019 bevorstehenden Wahl des Europäischen Parlaments sechs Parteien (CDU, CSU, SPD, FDP, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu klima- und energiepolitischen Themen.

CDU und CSU gaben eine gemeinsame Stellungnahme ab. Von einer Befragung der AfD wurde abgesehen.



Die kompletten Antworten auf die 13 Fragen finden Sie in diesem Dokument vor.




1. Steht Ihre Partei für eine Umsetzung der Klimaschutzziele von Paris?





 	<p>Antwort zu Frage 1 und 2</p> <p>Unser Europa ist Vorreiter für weltweiten Klimaschutz und hat hierbei bereits viel erreicht: Ohne die EU wäre das Pariser Klimaabkommen so nicht auf den Weg gebracht worden. Wir konkretisieren jetzt die Ergebnisse der UN-Klimakonferenzen und setzen sie Schritt für Schritt in ganz Europa um. Bereits die Umsetzung des 40 %-Ziels erfordert größte Kraftanstrengungen. Wir wollen Ökologie und Ökonomie in Einklang bringen.</p>
	<p>Die SPD steht für eine Umsetzung der Klimaschutzziele von Paris. Das Pariser Abkommen fordert von allen Vertragsparteien, ihre nationalen Beiträge zu überprüfen und nach oben zu korrigieren. Wir haben uns frühzeitig für eine Anhebung des EU-Klimaziels für 2030 ausgesprochen. Dabei wollen wir den Wandel hin zu einer klimafreundlichen Politik sozialverträglich gestalten und Umbrüche in besonders betroffenen Regionen und Sektoren begleiten.</p> <p>Außerdem wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und deutschen Industrie wahren, und gezielt klimaschonende Technologien fördern. Wir fordern zudem, dass die Anpassungen des Emissionshandels auch in Zukunft an den Zielen des Pariser Abkommens ausgerichtet werden und die fünfjährigen Bestandsaufnahmen der UNKlimarahmenkonvention berücksichtigen.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten stehen zum Pariser Klimaschutzabkommen. Den menschengemachten Anteil am Klimawandel wollen wir so klein wie möglich halten. Dazu sollen europa- und weltweit die CO₂-Emissionen massiv reduziert werden.</p>



	<p>Ja. Insgesamt muss die EU-Klimapolitik am Hauptziel des Pariser Klimaschutzabkommens ausgerichtet werden: die Erderwärmung möglichst auf maximal 1,5 Grad gegen- über vorindustriellen Werten zu begrenzen. Dazu muss die Weltwirtschaft in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts klimaneutral sein. Die bestehenden Ziele, Regularien und Instrumente der EU sind weit entfernt davon, diesem Ziel zu dienen. Darum brauchen wir einen europäischen Klimaschutzplan. Der Kohleausstieg muss europaweit sofort beginnen und 2030 abgeschlossen sein. Wir wollen keine neue fossile Infrastruktur. Erneuerbare Energien müssen ausgebaut werden – bürgernah. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine Absage. Wir verlagern einen Großteil des Güterverkehrs und innereuropäischen Flugverkehrs auf die Schiene. Wir fördern autofreie Innenstädte und investieren in Bus und Bahn. Im ticketlosen und flächendeckend gut ausgebauten barrierefreien ÖPNV fahren alle mit.</p>
	<p>Ja. Der vergangene Sommer hat auf eindringliche Weise gezeigt, dass die Klimakrise längst auch bei uns in Europa Realität ist. Es ist höchste Zeit, dass die EU ihre Klimapolitik endlich an den Zielen des Pariser Klimaabkommens ausrichtet.</p>

<p>2. <i>Befürwortet Ihre Partei die Anpassung Europäischer Klimaschutz- und Energieziele, um das Klimaschutzabkommen von Paris umzusetzen? Werden Sie sich für eine Erhöhung der EU-Ziele für 2030 im Jahre 2023 einsetzen?</i></p>	
	<p>Siehe Frage 1</p>




	<p>Die SPD unterstützt eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45% Treibhausgasminderung bis 2030 (im Vergleich zu 1990), sowie das langfristige Ziele einer Klimaneutralität bis 2050.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten stehen hinter den Beschlüssen des Pariser Abkommens und setzen uns für EU-Klimaziele in Abstimmung mit dem Pariser Abkommen ein. Eine Verschärfung der EU-Klimaziele muss vorbehaltlich der internationalen klimapolitischen Realitäten erfolgen, um eine Verschärfung der Probleme des Carbon Leakage zu verhindern. Wir brauchen europäische und internationale Lösungen gleichermaßen. Daher fordern wir eine stärkere Berücksichtigung von Kooperations- und Marktmechanismen in der internationalen Klimapolitik, wie sie bereits in Artikel 6 des Pariser Abkommens angelegt sind. EU-Mitgliedstaaten und Unternehmen sollen anspruchsvolle CO₂-Einsparungsziele auch durch Maßnahmen in Ländern außerhalb der EU einlösen können.</p>
	<p>Ja. DIE LINKE wird sich weiterhin für ambitionierte Klimaschutz- und Energieziele einsetzen, auch bei der Revision im Jahr 2023. So müssen beispielsweise die EU-Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen bis 2030 um mindestens 65 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden, und bis zum Jahr 2050 um 95 Prozent. Bis zum Jahr 2040 muss die Energieerzeugung vollständig aus erneuerbaren Quellen und hauptsächlich dezentral organisiert sein.</p>
	<p>Ja. Um die Klimakrise einzudämmen und die globale Erhitzung auf deutlich unter 2, möglichst 1,5 Grad, zu begrenzen müssen die CO₂-Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden.</p>





3. Halten Sie die Internalisierung der Kosten infolge von umwelt- und gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Emissionen in Form einer CO₂-Bepreisung für notwendig oder angemessen?


	<p>Antwort zu Frage 3 und 4</p> <p>Für die Wettbewerbsfähigkeit Europas, einen effizienten und wirksamen Klimaschutz und die bessere Verbreitung von „grünen Technologien“ muss sich Europa mit Nachdruck für eine globale Bepreisung von Treibhausgasemissionen einsetzen, notfalls zunächst auf Ebene der G20-Staaten. Parallel hierzu ist es eine permanente Aufgabe, den europäischen Emissionshandel als marktwirtschaftliches Instrument unter den Gesichtspunkten Reduktion der Treibhausgasemissionen und der Wettbewerbssituation der europäischen Wirtschaft weiter zu entwickeln.</p>
	<p>Wir wollen ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren. Dazu gehört, das Funktionieren des europäischen Emissionshandels weiterhin sicherzustellen, aber auch die Einführung eines CO₂-Preises für die Sektoren, die nicht in den Emissionshandel einbezogen sind.</p>
	<p>Ein CO₂-Preis soll sich nach unserer Vorstellung durch Angebot und Nachfrage im Handel mit Zertifikaten für Emissionsrechte bilden, deren Menge entsprechend den Reduktionszielen laufend verringert wird. Damit erübrigen sich auch "Internalisierungs-Kalkulationen".</p>
	<p>DIE LINKE hält eine CO₂-Bepreisung für notwendig und angemessen, sofern sie in ein Konzept der sozialen Absicherung eingebettet ist. Möglich wären die CO₂-Bepreisung für Wärme und Mobilität sowie ein CO₂- Mindestpreis im ETS-Sektor mindestens für Deutschland und seine Stromnachbarn (vorzugsweise europäisch). Gleichzeitig sollte die Stromsteuer auf den europäischen vorgegebenen Mindestsatz abgesenkt, also faktisch abgeschafft werden. Die Einnahmen aus der Bepreisung sind an die Bürger*innen zurück zu verteilen.</p>



	<p>Ja. Treibhausgase müssen einen Preis entsprechend ihrer Klimawirksamkeit bekommen. Dieser Preis besteht nach unseren Vorstellungen aus zwei Komponenten: Für alle Anlagen, die dem Emissionshandel unterliegen muss es einen deutlich steigenden Mindestpreis für CO₂-Emissionen geben, denn Unternehmen brauchen Planungssicherheit, um nachhaltige Investitionsentscheidungen zu treffen. Zusätzlich muss die Anzahl der Zertifikate im Emissionshandel entsprechend des Pariser Klimaziels weiter reduziert werden. Für die Sektoren, die bislang nicht vom Emissionshandel erfasst werden, benötigen wir eine grundlegende Änderung der Abgaben. Fossile Treib- und Wärmebrennstoffe müssen entsprechend ihres jeweils spezifischen CO₂-Ausstoßes den wahren Preis kosten. Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch sozial schwächere Haushalte immer stärker belasten als reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Besteuerung an die Verbraucher*innen zurückgeben.</p>
-----------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>4. Soll der Europäische Emissionshandel, Ihrer Meinung nach, an das Pariser Klimaschutzabkommen angepasst werden? Wenn ja, in welchem Zeit- und Mengenrahmen unterstützen Sie zusätzliche Reduktionen der ETS- Zertifikate?</p>	
	<p>Siehe Frage 3</p>
	<p>Die Entwicklung des ETS-Preises hat gezeigt, dass die Reform des Emissionshandels den richtigen Rahmen zur langfristigen Senkung der CO₂-Emissionen gesetzt hat. Mit der Marktstabilitätsreserve besitzt das ETS bereits ein Instrument für eine automatische Anpassung der Menge an Zertifikaten. Die Marktstabilitätsreserve reduziert oder steigert die jährlichen Auktionsmengen, wenn zu viele oder zu wenige Zertifikate im Markt gibt. Durch die automatische Anpassung der Menge an Zertifikaten stärkt die Marktstabilitätsreserve die Investitions- und Planungssicherheit der betroffenen Industrien.</p>



	<p>Der Emissionshandel darf nicht nur auf Europa beschränkt bleiben, sondern wir brauchen einen schnellen Einstieg in ein weltweites Emissionshandelssystem. Denn Europa emittiert nur weniger als 13 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. Gemäß der Funktionsweise des Emissionshandels benötigt jeder, der im Rahmen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit eine bestimmte Menge CO₂ freisetzt, hierfür ein Emissionszertifikat. Je mehr emittiert wird, umso mehr Zertifikate werden benötigt. Die Politik legt fest, wie viel CO₂ in einem Jahr maximal emittiert werden darf und wie viele Zertifikate damit zur Verfügung stehen. Wenn alle Sektoren und Regionen vom Emissionshandel erfasst sind, lässt sich eine Emissionsreduzierung präzise steuern.</p> <p>Die Steuerung der Emissionsreduzierung muss über die Reduzierung der Menge der Zertifikate in einem Umfang erfolgen, der am besten baldmöglichst in einem weltweiten politischen Verfahren festgelegt wird, zum Beispiel im Rahmen des Nachfolgeprozesses der Pariser Klimaschutzkonferenz.</p>
	<p>Auch das ETS ist an das Pariser Klimaschutzabkommen anzupassen. Dafür ist über einen strengeren linearen Reduktionsfaktor (über 2,6) das Gesamtbudget so abzusenken, dass die Europäische Union einen angemessenen Beitrag dazu leistet, die o.g. Ziele zu erfüllen. Als Voraussetzung dafür müssen die überschüssigen Zertifikate endgültig gelöscht werden, was unserer Auffassung nach auch deutlich schneller geschehen kann, als mit der letzten ETS-Novelle vorgesehen. Der angeblich für die Liquidität des Systems benötigte Schwellenwert in Höhe von 400 Mio. t innerhalb der Marktstabilitätsreserve sollte deutlich reduziert werden. Nicht zuletzt ersetzt auch ein reformiertes ETS keine nationalen Abschaltpläne für Kohlemeiler.</p>
	<p>Ja. Die Anzahl der Zertifikate im Emissionshandel muss entsprechend der Pariser Klimaziele reduziert werden. Dies muss entsprechend der erhöhten Klimaziele für 2030 bis dahin schrittweise erfolgen.</p>



5. *Wie bewertet Ihre Partei den aktuellen Rechtsrahmen für den Einsatz sektorenkoppelnder Technologien und Speicher? Wo sehen Sie diesbezüglich Handlungsbedarf und -spielraum auf Europäischer Ebene?*




Die Sektorkopplung ist auf allen Ebenen ein entscheidender Aspekt bei der Umsetzung der Energiewende. Der Einsatz solcher Technologien ist bereits möglich und soll künftig durch Anreizmechanismen auf wirtschaftlicher Basis weiter vorangetrieben werden. In diesem Zusammenhang brauchen wir unter anderem auch weiterhin eine Förderung hinsichtlich der Forschung und Entwicklung von marktreifen Speichertechnologien, die sektorübergreifend zum Einsatz kommen können, damit die Energieversorgung der Zukunft sicher, sauber und bezahlbar ist.



Die Europa-SPD ist der Ansicht, dass die Energiewende nur gelingen kann, wenn wir einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen und die Energiesektoren stärker miteinander verbinden. Die Sektorkopplung spielt eine zentrale Rolle in diesem Zusammenhang. Durch sie können synthetische Brenn- und Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien in vielen Sektoren, wie zum Beispiel Verkehr, Wärme und Industrie eingesetzt werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass der politische und regulatorische Rahmen sektorenkoppelnder Technologien zukunftsgerichtet weiterentwickelt werden, damit Investitionssicherheit gewährleistet und Marktbarrieren abgebaut werden können.





Bisher sind die Sektoren Energie-/Stromerzeugung, Verkehr, Wärme und industrielle Produktion weitgehend separat betrachtet worden. Was wir künftig brauchen, ist eine integrierte Gesamtschau. Durch intelligente Kopplung von Energieerzeugern und Verbrauchern auch über Sektorengrenzen hinweg, können erhebliche Mengen an Primärenergie eingespart werden. Ein Beispiel dafür ist die klassische Kraft-Wärme-Kopplung von Stromerzeugung und Fernwärme.

Die Anpassung der deutschen und europäischen Rechtsrahmen und Vergütungssysteme muss sukzessive mit einer integrierten Energieversorgung erfolgen.

Power-to-X-Anlagen werden künftig ein wichtiges Kopplungselement zwischen den Wirtschaftssektoren und zwischen Energiearten sein. Die Erzeugung von Wärme und Wasserstoff aus zeitweise überschüssigem Wind- und Solarstrom ist aber nur dann sinnvoll, wenn diese Anlagen wirtschaftlich betrieben werden können. Überschüssiger Windstrom darf dabei nicht durch Subventionen vergütet werden.

Anlagen wie Speicher oder Power-to-X-Systeme, die die Stabilität des Stromnetzes verbessern, sollen nicht länger

	<p>als Endverbraucher eingestuft und damit sofort von der Zahlung der EEG-Umlage befreit werden, um damit den Anreiz zu Investitionen für solche Einrichtungen zu erhöhen.</p>
	<p>Der Rechtsrahmen für Sektorkopplungstechnologien sollte energiewendedienlich weiterentwickelt werden. Für uns bedeutet dies: Regulatorische Vorteile für PtX & Co., aber nur insoweit, wie garantiert Ökostrom eingesetzt wird, der zum jeweiligen Zeitpunkt tatsächlich nicht dazu verwertbar ist, Kohlestrom abzulösen. Vorrang beim Einsatz von Ökostrom muss also haben, Kohlestrom zu ersetzen. Die Förderpolitik muss jedoch effektiv einen gesteuerten Aufwuchs von PtG ermöglichen, damit ausreichend Langzeitspeicher großtechnisch dann verfügbar sind, wenn sie benötigt werden. Dies kann durch direkte Förderung und über konditionierte Erstattungsmodelle für Umlagen und Abgaben entlang eines definierten Aufwuchspfades geschehen. Im Übrigen würden die Abschaffung der Stromsteuer sowie sozial flankierte CO₂-Abgaben auf fossile Brenn- und Kraftstoffe die Sektorkopplung befördern.</p>
	<p>Für Europa brauchen wir ein intelligentes Stromnetz, das die erneuerbaren Energien dezentral verknüpft und überregional verbindet. Das zunehmende Angebot an volatilem erneuerbarem Strom muss so auch über flexibel steuerbaren Stromverbrauch clever vernetzt werden. Wir wollen dabei Maß und Mitte halten zwischen zentralen und dezentralen Strukturen. Auch die zukünftig erforderliche Speicherstruktur muss europäisch gedacht und geplant werden. Dabei muss auch die Kopplung verschiedener Sektoren mit bedacht werden, wenn Mobilität und Wärme mit der fortschreitenden</p>



6. *Europäische Unternehmen sind nach wie vor Technologieführer im Bereich des Anlagenbaus bei Wind- und Bioenergie, bei den verschiedenen P2X-Systemen, bei den technischen Lösungen zum Management fluktuierender Einspeisungen oder bei der Netzführung. Sie stehen jedoch häufig staatlich flankierten Wettbewerbern oder zugangsbeschränkten Märkten gegenüber. Wie schätzen Sie die Risiken für die Europäischen Unternehmen ein und in welcher Form würde Ihre Partei eine europäische Industriestrategie für die moderne, erneuerbare Energiewirtschaft unterstützen?*




Wir unterstützen europaweit eine bessere Verbreitung von „grünen Technologien“. Damit steigt die Bedeutung von Umweltschutz als wichtigem Wirtschaftsfaktor. Das sichert lang-fristig die Wettbewerbsfähigkeit Europas und der in diesem Bereich tätigen Unternehmen – von der Industrie bis zum Handwerk. Durch verbesserte Rahmenbedingungen und Anreizmechanismen auf wirtschaftlicher Basis werden wir dies weiter unterstützen.





Wir können gemeinsam beweisen, dass die Gewährleistung der Energiesicherheit für einen industriellen Hightech-Standort und der Verzicht auf klimaschädliche Gase gleichzeitig möglich sind. Wir eröffnen der europäischen Wirtschaft damit Chancen, eine Innovationskraft zu entwickeln, die sie auch auf Jahrzehnte hinaus auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig halten wird und ihr erlaubt, eine Technologieführerschaft in der Energiewelt von morgen zu übernehmen. Ein starkes Europa ist für uns Garant dafür, die europäische und auch die deutsche Industrie gegen unfaire Handelspraktiken zu schützen. Die SPD wird sich auch in der neuen Legislaturperiode für eine Industriestrategie einsetzen, die europäische Unternehmen gegen den unlauteren Wettbewerb auf internationaler Ebene unterstützt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten streben eine Reform der öffentlichen Vergabekriterien sowie des Wettbewerbsrechts an, die den aktuellen Entwicklungen auf dem europäischen und internationalen Markt Rechnung trägt.







Wirklich erfolgreich werden langfristig nur die Unternehmen sein, die sich mit einem auf realistischen Annahmen basierenden Geschäftsmodell und bester Technologie am Markt positionieren. Wir Freie Demokraten setzen uns für gleiche Spielregeln für alle Beteiligten auf den Weltmärkten ein. Dafür gilt es, in den multilateralen Gremien, wie der Welthandelsorganisation (WTO), sowie in bilateralen Beziehungen einzutreten.

Industriepolitik darf zudem nicht als Fokussierung auf Protektionismus und Subvention missverstanden werden. Industrielle “Champions” lassen sich nicht "politisch verordnen". Wir brauchen viel mehr eine gemeinsame Strategie.


	<p>gie, Europa wettbewerbsfähiger zu machen. Auf deutscher und europäischer Ebene gilt es zudem, hinreichende Mittel für Forschung und Entwicklung zu investieren.</p>
	<p>Eine europäische Industriestrategie muss vom Ende Ziel einer nahezu vollständigen Dekarbonisierung der Wirtschaft bis 2050 ausgehen. Dafür können und sollten kleine und mittlere innovative Unternehmen weiterhin Treiber sein können. Hemmnisse, etwa bei der Teilnahme zur Erbringung von Systemdienstleistungen oder zu sinnvollen Beiträgen zur Sektorkopplung sollten entsprechend abgebaut und die Förderstrategien darauf ausgerichtet werden. Zentral für DIE LINKE sind Sektorziele im Klimaschutz, sowohl national als auch europäisch. Letzteres als Vorgabe für die Mitgliedsstaaten, verbindliche nationale/europäische Klimaziele für das jeweilige Land in nationale Sektorziele für Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft sanktionsbewährt zu übersetzen. Entsprechendes muss natürlich für EE-Ausbau- und Effizienzziele gelten.</p>
	<p>Die moderne Industriepolitik, für die wir eintreten, muss zwei Aufgaben meistern: Zum einen, Europas Industrie gegen unfairen Wettbewerb aus Drittländern schützen, indem wir durch anti-dumping Maßnahmen, durch Investment-Screening, durch wettbewerbspolitische Reformen, durch Bestehen auf Reziprozität, durch eine Revision des Vergaberechts ein more-level playing field schaffen. Zum anderen, durch eine ökologisch fokussierte Innovationsanstrengung, die Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft mit digitaler Revolution und der Förderung der notwendigen produktiven und gesellschaftlichen Qualifikationen durch verlässlich funktionierende Weiterbildungssysteme verbindet. Zentral für diese offensive Seite ist die Forschungspolitik, deren Budget wir über die nächsten sieben Jahre insgesamt verdoppeln wollen. Neue Spielräume sehen wir dadurch gegeben, dass der Europäische Gerichtshof die beihilferechtliche Verdammung des EEG-Weges durch die EU-Kommission aufgehoben hat. Europa muss sich angesichts seiner industriellen Stärke nicht einreden lassen, dass wir Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit nicht verbinden könnten. Rein sektorale Industriepolitiken wären den Herausforderungen allerdings nicht angemessen.</p>





7. Setzt sich Ihre Partei auf europäischer Ebene für Bürgerenergie und Bürgerenergiegesellschaften ein?




 <p>CDU CSU</p>	<p>Im Sinne der Marktintegration und Akzeptanz halten wir es für sinnvoll, die Wertschöpfung der Erneuerbaren Energien vor Ort zu stärken, ohne dass es insgesamt zu Kostensteigerungen führt. Dies soll auch bei europaweiten Ausschreibungen von Energieprojekten unter Berücksichtigung der Realisierungsaussichten eine Rolle spielen können.</p>
 <p>SPD</p>	<p>Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen Bürgerenergie und Bürgerenergiegesellschaften als einen wichtigen Motor für die dezentrale Energieversorgung. In der zu Ende gehenden Legislaturperiode haben wir uns im Rahmen der Reform des Strommarktes (Richtlinie mit gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt) erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Konzept "Bürgerenergie" das erste Mal in der europäischen Gesetzgebung verankert wurde. Wir haben erreicht, dass Bürgerenergie und Bürgerenergiegesellschaften in Zukunft bevorzugt behandelt werden und keinen unverhältnismäßigen, unfairen und intransparenten Regeln und Kosten ausgesetzt sind. Darüber hinaus genießen Bürgerenergie und Bürgerenergiegesellschaften europaweit einen Einspeisevorrang in die Netze.</p>
 <p>Freie Demokraten FDP</p>	<p>Wir Freie Demokraten stehen für einen fairen Wettbewerb im Energiesektor. Einzelne Akteure dürfen daher nicht gegenüber anderen bevorzugt werden. Bürgerenergie und Bürgerenergiegesellschaften mögen ihren Platz im Energiemarkt finden, wenn sie den Verbrauchern sichere, kostengünstige und umweltfreundliche Energie liefern können.</p>
 <p>DIE LINKE.</p>	<p>Für DIE LINKE. war und ist die Energiewende eine im Kern bürgerschaftliche Wende. Entsprechend setzen wir uns national und europäisch weiterhin dafür ein, echte Bürgerenergien von Ausschreibungspflichten auszunehmen. Hier müssen weiter Einspeisevergütungen möglich sein. Ferner kämpfen wir dafür, dass der Einspeisevorrang für Ökostrom auf den verschiedenen Ebenen erhalten bleibt und nicht durch die Hintertür unterlaufen werden kann (was leider vielfach bereits der Fall ist). Wir wollen die großen Energiemonopole vergemeinschaften und Stadtwerke und Genossenschaften fördern.</p>



	<p>Ja. Bürger*innen, Kommunen und Regionen, aber auch regionale Unternehmen und das Handwerk sind entscheidende Akteure der Energiewende. Für eine erfolgreiche und bürgernahe europäische Energie- und Klimapolitik ist ihr Engagement unerlässlich. Wir wollen verhindern, dass die Chancen allein von Großunternehmen und wenigen finanzstarken Investoren genutzt werden – und den Menschen in den Dörfern und Städten dann ohne Beteiligung Großprojekte vor die Nase gesetzt werden. Eine Bürger*innen-Energiewende kann monopolistische und oligopolistische wirtschaftliche Machtstrukturen aufbrechen und Kooperativen, Genossenschaften sowie Kommunen und Regionen die Chance eröffnen, selbst über ihre Energieerzeugung zu bestimmen und davon zu profitieren. So könnten bis 2050 rund 264 Millionen Energiebürger*innen 45 Prozent des Strombedarfs der EU decken.</p>
-----------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>8. <i>Wie wollen Sie das wirtschaftliche Potenzial Erneuerbarer Energien in der EU und den Mitgliedsstaaten ausschöpfen?</i></p>	
	<p>Der europaweite Ausbau emissionsarmer bzw. erneuerbarer Energien ist uns besonders wichtig – nicht nur in einzelnen Ländern. Wir wollen den europäischen Energiemarkt dazu stärker vernetzen und Innovationen fördern. Denn ein funktionierender Energiebinnenmarkt erhöht die Kosteneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Energieversorgung in Europa. Vor allem brauchen wir die noch bessere Verknüpfung des Stromnetzes in Europa sowie eine verstärkte Sektorkopplung im energetischen Bereich. So können wir die unterschiedliche Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien noch besser ausgleichen und den Mix unterschiedlicher Energieträger in Europa noch besser nutzen.</p>
	<p>Die Europa-SPD steht zu ihrer Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen und setzt sich für eine ambitionierte Klimapolitik und eine europaweite Energiewende ein. Wir wollen weiterhin ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren. In diesem Zusammenhang ist die Gewährleistung eines funktionierenden europäischen Emissionshandels sowie die Einführung eines CO₂-Preises für die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind, von besonderer Bedeutung. Um das Potential Erneuerbarer Energien in der EU und in den Mitgliedstaaten weiterhin auszuschöpfen, müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden beim Gebäudebestand, der Sektorkopplung, Speichertechnologien oder zum Beispiel bei der Nutzung industrieller Abwärme.</p>



	<p>Ein wirtschaftliches Potential kann nachhaltig nur durch Erfolg am Markt erschlossen werden. Wir Freie Demokraten sehen dafür als wesentlichen Treiber den Handel mit Emissionsrechte-Zertifikaten und damit einen Preis für die Emission von CO₂, den wir schnellstmöglich auf alle Sektoren und auch weltweit ausweiten wollen.</p>
	<p>Insbesondere folgende Säulen müssen die Erneuerbaren vorantreiben: Ambitionierte Ausbauziele für Erneuerbare Energien (für 2030 von 45 Prozent und für 2040 von 100 Prozent am Endenergieverbrauch); Kohleausstieg in Europa bis 2030; Energiesparen und Energieeffizienz beim Einsatz von Energie, um Ressourcen zu schonen und Akzeptanz (insbesondere für Windkraft) zu bewirken; Förderung von echten Bürger*innenenergien; Ermöglichung sinnvoller Sektorkopplung; Verbesserung der Energieberatung.</p>
	<p>Wir wollen die Europäische Union zum weltweiten Vorreiter von Klimaschutz, erneuerbaren Energien und Energieeffizienz machen. Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale. Durch saubere Energiequellen kann eine weitgehende Energieunabhängigkeit erreicht, und es können Klima und Umwelt geschützt und nachhaltige Jobs geschaffen werden. Investitionen in Erneuerbare und in Energieeffizienz sind mittlerweile der kostengünstigste Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung und der Garant für eine zukunftsfähige Ausrichtung der Wirtschaft. Wir wollen eine zu 100 Prozent erneuerbare und energieeffiziente Europäische Union als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür müssen das europäische Klimaschutzziel und die Energieziele der Union ambitionierter werden. Bis 2030 müssen 45 Prozent von Europas Energie, die wir beim Strom, der Wärme und der Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein, und bis 2050 müssen es 100 Prozent sein.</p>



9. Sehen Sie es als notwendig an, den Verkehr klimafreundlicher zu gestalten? Wenn ja, welche Maßnahmen halten Sie für sinnvoll, um den Verkehr zu dekarbonisieren?

CDU





Wir sorgen dafür, dass unsere Infrastruktur dem Wunsch der Menschen nach Mobilität entspricht. Europa soll führend bei integrierten Verkehrssystemen sein. Durch die enormen Möglichkeiten der Digitalisierung wird es künftig zur Entstehung völlig neuer Mobilitätskonzepte kommen – diese gilt es, auch im Sinne des Klimaschutzes zu nutzen. Für CDU und CSU ist dabei ein möglichst flächendeckender Schienenpersonenfernverkehr für die Attraktivität des Standorts Europas sowie für den Klimaschutz unverzichtbar

SPD


Der Transportsektor ist der einzige Bereich in dem in den vergangenen Jahren der Treibhausgasausstoß zugenommen hat. Deshalb steht der Verkehrsbereich im Kampf gegen den Klimawandel besonders im Fokus. Wir wollen verstärkt alle Möglichkeiten alternativer Kraftstoffe für den Einsatz in Antriebstechnologien und bei Mobilitätsdienstleistungen nutzen, damit Europa weiter mit an der Spitze des weltweiten technischen Fortschritts und der Innovationen bleibt. Die Wasserstofftechnologie inklusive einer entsprechenden Infrastruktur soll als europäisches Projekt in einer grundsätzlich ergebnisoffenen Forschung und Entwicklung weiterentwickelt werden. Wir wollen, dass die europäisch vereinbarten Grenzwerte für Verbrennungsmotoren bei PKWs und LKWs zu Innovation in der Antriebstechnologie führen. Europa hat nicht umsonst eindeutige Grenzwerte für Emissionen vereinbart. Das ist eine Grundlage, um neue marktfähige Angebote zu entwickeln. Diese können weltweit vermarktet werden. Wir wollen alternative emissionsarme Antriebe und nachhaltige Infrastruktur bei Flugzeugen und Schiffen fördern. Auch hier benötigen wir einen Transformationsprozess hin zu Elektroantrieben, zu Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie und zur Nutzung von synthetischen Treibstoffen. Gefragt sind zudem leichtere Materialien beim Flugzeugbau und die Optimierung von Flugrouten. Die Elektrifizierung der Infrastruktur von Flug- und Seehäfen ist ein weiteres wichtiges Element zur Reduktion der Umweltbelastungen. Neben der Luftbelastung wollen wir auch die Lärmbelastung durch alternative Technologien minimieren. Kreuzfahrtschiffe sind zu verpflichten, den Strom im Hafen vom Land zu beziehen und Filter einzubauen. Alle Dekarbonisierungsmöglichkeiten sind zu nutzen. Diese aktive und strategische Industriepolitik sichert Europa auch auf diesem Technologiefeld die Chance, im weltweiten Wettbewerb vorn dabei zu sein. Die SPD will zudem die Transformation der Leitbranche Automobil begleiten und gestalten. Wir wollen ein neues zukunftsfähiges Leitbild für die Automobilindustrie entwickeln. Die Herausforderungen

	<p>liegen zum einen in der Entwicklung von digitalisiertem sowie von autonomem Fahren. Zum anderen verlangt der Klimawandel einen Beitrag des Verkehrssektors zur CO₂-Reduktion. Dadurch muss sich auch das Profil der Autobauer wandeln: von reinen Autoproduzenten zu Anbietern von zukunftsweisenden Mobilitätskonzepten. Dazu gehört die Umstellung auf alternative Antriebe, wie Elektromobilität und Wasserstofftechnologie. Wir wollen diesen Transformationsprozess der Leitbranche Automobil zu einem Erfolg für Europa und die in der Branche Beschäftigten machen, indem wir für die Beschäftigten die Qualifizierung fördern. Die Branche unterstützen wir bei neuen Geschäftsmodellen, marktfähigen Produktionsketten und Angeboten. Dabei müssen auch strukturpolitische Unterstützung für betroffene Regionen sowie personal- und arbeitsmarktpolitische Instrumente zur Bewältigung des Umbruchs die Transformation begleiten und vorausschauende Qualifizierungen müssen sie flankieren. Europa darf nicht ins Hintertreffen geraten und muss seine Technologiefähigkeit weiter unter Beweis stellen. Die Überlegungen zur Zukunft der Mobilität müssen eingebettet sein in die Entwicklung einer ebenen-, disziplin- und ressortübergreifenden strategischen Industrie- und Strukturpolitik, die Aspekte der Energiewende, der Innovationsförderung und der regionalen Entwicklung gleichermaßen in den Blick nimmt.</p>
	<p>Während der Energiesektor in Deutschland seine Klimaziele weitgehend erreichen wird, gibt es im Verkehrsbereich noch viel zu tun. Wie Freie Demokraten wollen dabei auf die im Energiesektor erwiesene Lenkungswirkung eines CO₂-Preises setzen und daher den Verkehrssektor möglichst schnell in den Emissionshandel einbeziehen. Neue Antriebstechnologien werden sich nur dann durchsetzen, wenn sie den Nutzern zu wirtschaftlichen Preisen die gewünschte Leistung und Infrastruktur bieten. Dabei gibt es sehr unterschiedliche Anforderungen: während im städtischen Nahbereich batterieelektrische Fahrzeuge durchaus Sinn machen können, wird Elektromobilität auch längerfristig keine akzeptable Lösung für längere Strecken und Transporte zur See und in der Luft sein. Daher setzen wir auf Technologieoffenheit und einen diversifizierten Mix von Energieträgern. Dies schließt die Weiterentwicklung der Wasserstofftechnologie mit Brennstoffzellen ein. Weitere Alternativen sind kurzfristig verflüssigtes Erdgas (LNG) und nicht zuletzt synthetische Kraftstoffe.</p> <p>Darüber hinaus wollen wir die Chancen der Digitalisierung im Verkehrswesen europaweit nutzen – für die Erhöhung von Leistungsfähigkeit, Sicherheit und Umweltfreundlichkeit. Dazu gehört insbesondere auch die Förderung innovativer autonomer Systeme auf Schiene, Wasserwegen, Straße und in der Luft, inklusive Drohnen und Hyperloops.</p>







	<p>Im Verkehrsbereich wurde bislang kein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Aus diesem Grund braucht es eine Verkehrswende, nicht nur eine Antriebswende! Nötig sind Verkehrsvermeidung und ein weitgehender Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf einen ausgebauten und leistungsfähigen sowie kostenfreien öffentlichen Verkehr und eine verbesserte Infrastruktur für Fußgänger und Fahrradfahrer. Der verbliebene Verkehr muss weitgehend elektrifiziert werden. Synthetische Kraftstoffe auf regenerativer Basis dürfen aus Effizienzgründen nur dort zum Einsatz kommen, wo keine Alternativen bestehen (etwa im Flug- und Seeverkehr).</p>
	<p>Ja. Wir möchten in Europa eine Mobilität, die klimaneutral, kostengünstig und für alle nutzbar ist und Umwelt und Gesundheit schützt. Europa muss das Zukunftsprojekt Mobilität gestalten. Wir sind überzeugt, dass eine sozial und ökologisch verträgliche Mobilität mit modernsten technischen Möglichkeiten realisierbar ist. Das bedeutet: mehr für Fuß- und Radverkehr, weniger, aber dafür saubere Autos, bessere Zug- und ÖPNV-Angebote, weniger Kurzstreckenflüge und eine bessere Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsträger in der Stadt und auf dem Land. Europa braucht einen Paradigmenwechsel bei den Investitionen in Straßen: Statt Milliarden in den Neubau zu stecken, muss die bröckelnde öffentliche Infrastruktur dringend saniert werden. Damit der Verkehrssektor jetzt seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet, fordern wir die Einführung eines CO₂-Preises auf alle fossilen Treibstoffe, damit aktuell saubere Antriebe im Verhältnis günstiger werden.</p>

10. *Unterstützen Sie die vermehrte Nutzung nachhaltiger Biokraftstoffe?*




	<p>Bei der Entwicklung neuer emissionsarmer Antriebsformen plädieren wir für einen techno-logieoffenen Ansatz, der geeignete Rahmenbedingungen für innovative Forschung setzt. Dazu zählt Entwicklung umweltfreundlicher Fahrzeuge z. B. mit Elektromotorantrieb, sauberen Verbrennungsmotoren bzw. umweltschonenden Kraftstoffen. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns auch für eine Förderung nachhaltiger Biokraftstoffe ein.</p>
-------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------





	<p>Die SPD unterstützt die Nutzung von Biokraftstoffen, insofern diese notwendig sind, um die EU-Reduktionsziele für Emissionen insgesamt wie auch speziell im Transportsektor einhalten zu können. Dies gilt insbesondere für die Übergangszeit vom Verbrennungsmotor zu nachhaltigeren Alternativen, wie z.B. durch erneuerbare Energien gespeiste Elektromotoren oder Wasserstoffantriebe. Dabei muss jedoch strikt darauf geachtet werden, dass der Anbau von Pflanzen für Biokraftstoffe innerhalb wie außerhalb Europas nachhaltig geschieht und nicht zur indirekten Landnutzungsverlagerung oder höheren Nahrungsmittelpreisen führt. Vorzugsweise sollten Biokraftstoffe aus Abfallprodukten gewonnen werden.</p>
	<p>Biokraftstoffe können ein sinnvoller Teil des Energieträger-Mix sein, sofern sie nachhaltig und wirtschaftlich hergestellt werden, nicht zu einer kritischen Verknappung von Anbauflächen für Nahrungsmittel führen und durch hohe Motorenverträglichkeit vom Markt akzeptiert werden.</p>
	<p>Im Zielkonflikt zwischen den verschiedenen Nutzungskonkurrenzen für Böden scheint das Potenzial von Biokraftstoffen weitgehend ausgeschöpft. Es kann ggf. leicht erweitert werden, wenn es gelingt, vermehrt organische Abfälle und Blühpflanzen einzusetzen, statt Ackerfrüchte. Den Import von Agrokraftstoffen oder Rohstoffen aus dem Trikont oder Osteuropa zu diesem Zweck lehnt die LINKE ab. Sie gefährden die Ernährungssicherheit der Bevölkerung und sind ein Preistreiber für Nahrungsmittelpreise.</p>
	<p>Wirklich nachhaltige Biokraftstoffe werden nicht in unbegrenztem Umfang zur Verfügung stehen, weshalb sie in erster Linie dort eingesetzt werden sollten, wo keine anderen Lösungen zur Verfügung stehen. Die Produktion von Palmölkraftstoffen führt durch die Rodung des Regenwaldes zu erheblichen Mengen CO₂. Die Beimischung dieser Stoffe wollen wir beenden.</p>





11. Welchen Handlungs- und Investitionsbedarf sehen Sie hinsichtlich der infrastrukturellen Herausforderungen der Elektro- und Wasserstoffmobilität?




 <p>CDU CSU</p>	<p>Wir wollen die Elektromobilität (batterieelektrisch, Wasserstoff und Brennstoffzelle) deutlich voranbringen und die bestehende Förderkulisse, wo erforderlich, aufstocken und ergänzen. Dabei messen wir dem Ausbau einer flächendeckenden Lade- und Tankinfrastruktur eine maßgebliche Bedeutung zu. Wir möchten auch bewusst die Errichtung von privaten Ladesäulen fördern.</p>
 <p>SPD</p>	<p>Wir wollen, dass eine flächendeckende Infrastruktur den Umstieg auf alternative Antriebe erheblich erleichtern wird. Für eine flächendeckende Infrastruktur in der ganzen EU (Vorschläge der EU-Kommission zur Richtlinie für alternative Kraftstoffinfrastruktur) werden rund 20 Milliarden Euro benötigt. Um die Risikoaversion gegen die hohen Investitionskosten abzumildern, wollen wir eine Lastenverteilung. Konkret bedeutet das, dass sich Industrien aus dem Automobil-, Energie-, Mineralölsektor und gegebenenfalls weiteren Branchen an einem solchen Fonds beteiligen. Der European Clean Mobility Fund muss jedoch nicht vollumfänglich von Seiten der Wirtschaft übernommen werden. Es gäbe beispielsweise Möglichkeiten, über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFISI) zu agieren. Außerdem könnte die öffentliche Hand einen signifikanten Anteil (ca. 10% bis 15%) übernehmen. Denkbar wären in diesem Zusammenhang auch direkte Zahlungen aus dem EU-Haushalt, z.B. aus der Connecting Europe Facility (CEF). Weiterhin könnten etwaige Strafzahlungen, die sich aus der Nichteinhaltung zukünftiger CO₂-Grenzwerte ergeben, ebenfalls zweckgebunden in den ECMF einfließen.</p>
 <p>Freie Demokraten FDP</p>	<p>Wir Freie Demokraten stehen für Technologieoffenheit und einen diversifizierten Mix von Energieträgern. Die Infrastruktur muss mit dem Markterfolg der unterschiedlichen Technologien mitwachsen. Technologievorgaben und Subventionen unter dem Vorwand von "Planungssicherheit" halten wir für einen ineffizienten und teuren Weg.</p> <p>In einer Marktwirtschaft gibt es keine absolute Planungssicherheit für Investoren. Das Beispiel der Öl- und Gas-Industrie und neuerdings auch einiger Offshore-Windprojekte zeigt, dass auch unter Planungsunsicherheit leistungsfähige Infrastrukturen aufgebaut werden. Vor diesem Hintergrund wollen wir Energieinfrastruktur neu denken!</p>

	<p>Die zentrale Herausforderung wird sein, sich auf ein System festzulegen. Der volkswirtschaftlich teuerste Weg wäre es, für den Pkw-Bereich sowohl ein Ladesäulensystem als auch ein Wasserstofftanknetz zu bauen. Hier setzen wir – zumindest, was die öffentliche Förderung anbelangt – auf E-Mobilität, die doppelt so effizient ist, wie Brennstoffzellen-Antriebe. Bei der Förderung der Ladeinfrastruktur wollen wir vor allem öffentliche Ladesäulen sowie die Infrastruktur zum netzdienlichen Lade-Management fördern. Der Schwerlastverkehr muss weitgehend auf die Schiene. Wo das nicht klappt, muss eine Oberleitungs- Infrastruktur auf Autobahnen verhindern, dass hier in Größenordnungen synthetische Kraftstoffe zum Einsatz kommen. Denn dies würde den europäischen Strombedarf explodieren lassen.</p>
	<p>Wir Grüne wollen den nötigen Technologiewandel vorantreiben: weg vom fossilen Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Dafür braucht es ambitionierte europäische CO₂-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung der europäischen Ladeinfrastruktur und eine EU-weite Quote für abgasfreie Neuwagen. Ab 2030 dürfen nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden. Zudem brauchen wir strengere Kontrollen bei Abgastests und das Ende der Steuerprivilegien bei Kraftstoffen. Außerdem wollen wir die Batteriezellenproduktion sowie die Produktion von Wasserstoffautos europäisch unterstützen, um beim sauberen Auto Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Die Förderung der Zellproduktion knüpfen wir an die regionale Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom und sparsamen Umgang mit seltenen Metallen, damit das E-Auto eine wirklich ökologische Alternative wird.</p>


12. Wie wollen Sie erreichen, dass Wind, Sonne, Biomasse, Wasser, Geothermie in Europa künftig in allen Sektoren – Strom, Wärme, Verkehr, Industrie – eine größere Rolle spielen?



 	<p>Siehe Antwort zu Frage 8.</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------






	<p>Für die Europa-SPD bietet die Sektorkopplung eine enorme Chance, um die Sektoren Strom, Wärme, Verkehr und Industrie in Zukunft stärker miteinander zu verbinden (siehe Antwort auf Frage 5).</p>
	<p>Um klimapolitische Ziele zu erreichen, setzen wir auf die Kräfte und Kreativität des Marktes. Wir legen uns dabei nicht auf bestimmte Technologien fest, sondern sind offen für Innovationen. Digitalisierung und künstliche Intelligenz werden künftig auch im Umwelt- und Energiebereich völlig neue Möglichkeiten eröffnen. Der technische Fortschritt bietet vielfach noch ungeahnte Chancen für Energieeffizienz, die Erzeugung von sauberer, preiswerter Energie und damit für die nachhaltige Verringerung der CO₂-Emissionen. Mit einem marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen, in dem der CO₂-Preis als zentrale Steuerungsgröße in allen Wirtschaftssektoren mit relevanten CO₂-Emissionen wirkt, entstehen neue Impulse für Innovation und neue Geschäftsmodelle. Wir setzen auf Techniker und Ingenieure, Unternehmer und Start-ups, die diese Chancen nutzen. Sie bringen damit den Klimaschutz (und damit auch die erneuerbaren Energien) in Deutschland und Europa weiter voran und sorgen zugleich für neue Wertschöpfung und neue Beschäftigungschancen.</p>
	<p>Wie bereits beschrieben, müssen die europäischen Klimaschutz-, EE-Ausbau- und Effizienzziele (auch für Gebäude) an den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens ausgerichtet, also erhöht werden. Es ist ein Kohleausstieg bis 2030 zu verankern. CO₂-Mindestpreise im ETS-Sektor sowie CO₂-Abgaben für Wärme und Mobilität müssen eingeführt werden. Die regulatorischen Rahmenbedingungen für sinnvolle Sektorkopplung sind zu verbessern. Entsprechend wird sich die Nachfrage nach Erneuerbaren Energien und entsprechenden Technologien deutlich erhöhen. Im Mittelpunkt steht die Frage: Wie wird die Energiewende sozial abgesichert, insbesondere was die Effizienz- und Wärmewende im Gebäudesektor betrifft? Wie sichern wir weiterhin die Akzeptanz für den EE-Ausbau, insbesondere bei Wind an Land? Die LINKE fordert deutlich höhere Zuschüsse für energetische Gebäudesanierungen. Jegliche zusätzliche CO₂-Abgaben müssen sozial flankiert werden, u.a. durch Abschaffung der Stromsteuer und Rückverteilung des CO₂-Abgaben- Aufkommens an die Bürger. Bezüglich der Windkraft müssen endlich auch Standortkommunen von der Energiewende profitieren, nicht nur Flächeneigentümer.</p>



	<p>Wir wollen, dass die EU wieder eine Vorreiterrolle im Klimaschutz übernimmt, indem wir in Europa gemeinsam eine sichere Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen statt aus Kohle, Gas und Atom gewährleisten. Das schaffen wir zum Beispiel, wenn wir die spanischen und griechischen Solarparks, die dänischen Offshore-Windparks, die deutschen Windparks und die österreichischen Wasserkraftwerke miteinander verbinden. Um das Ziel von 100 Prozent erneuerbarer Energie in Europa für 2050 zu erreichen, muss die Förderung von Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerativen Stromquellen auch auf europäischer Ebene noch stärker vorangetrieben werden. Damit die Energiewende europaweit gelingt, braucht es eine Erneuerbare-Energien-Union. Wir wollen Investitionen in Erneuerbare und in Energie- und Ressourceneffizienz fördern, die Arbeitsplätze schaffen und die Kosten für die Verbraucher*innen reduzieren. Diese Investitionen in der Industrie werden ausgelöst durch planbar steigende Preise für CO₂-Emissionen.</p>
-----------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>13. Sind Sie dafür, dass bei den Beihilfeleitlinien die Klimaschutzziele der Europäischen Union eine größere Rolle spielen sollten?</p>	
	<p>Es ist und bleibt eine permanente Aufgabe, die Rahmenbedingungen in Europa noch besser auf die immense Herausforderung Klimaschutz abzustimmen. Dies betrifft auch die Beihilfeleitlinien.</p>
	<p>Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der Ansicht, dass die Beihilfeleitlinien dringend überarbeitet werden müssen, um den aktuellen Entwicklungen im Bereich Klimaschutz, aber auch in der internationalen Handelspolitik angemessen Rechnung zu tragen.</p>



	<p>Für uns Freie Demokraten ist klar, dass wirtschaftliche Beihilfen ausschließlich nach wirtschaftlichen Kriterien vergeben werden sollen. Eine Vermengung mit schwer zu messenden sachfremden Kriterien wie zum Beispiel "Klimafreundlichkeit" halten wir für nicht zielführend.</p>
	<p>Ja, dafür wird sich DIE LINKE. einsetzen. Wettbewerbsrecht darf niemals über existenzielle Fragen wie dem Klimaschutz stehen. Der Staat muss die Möglichkeit haben, jederzeit die Energiewende, und hier insbesondere die echten Bürgerenergien, zu fördern. Selbstverständlich darf dies nicht dazu führen, dass schlecht gemachte Förderpolitik unberechtigte Privilegien schafft (wie derzeit bei Teilen der vermeintlich energieintensiven Industrie).</p>
	<p>Ja. Staatliche Beihilfen müssen sich an den europäischen Klima- und Energiezielen orientieren</p>



Als Dachverband der Erneuerbare-Energien-Branche in Deutschland bündelt der Bundesverband Erneuerbare Energie die Interessen von 55 Verbänden und Unternehmen mit 30 000 Einzelmitgliedern, darunter mehr als 5 000 Unternehmen. Die Erneuerbaren-Wirtschaft bietet heute rund 340 000 Arbeitsplätze und 3 Millionen Kraftwerke. Unser Ziel: 100 Prozent Erneuerbare Energie in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität..

Kontakt:

Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE)

Invalidenstraße 91

10115 Berlin

030 275 81 70-0

info@bee-ev.de

